



**VSPB · FSFP**

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter  
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police  
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia

## **SPERRFRIST BIS 24.11.2011 – 11.30 UHR**

### **Medienmitteilung**

#### **Sensibilisierungskampagne**

#### **STOPP DER GEWALT GEGEN POLIZISTEN/INNEN**

Bern, 24. November 2011

### **Gewalt ist auch bei der Polizei kein Berufsrisiko**

**pd - Polizistinnen und Polizisten werden bei ihrer Arbeit immer mehr Opfer von Gewalt. Egal ob Kriminelle, gewalttätige Demonstranten, Hooligans, betrunkene Randalierer oder einfach schlecht gelaunte Mitmenschen – immer öfter landen Polizistinnen und Polizisten nach einem Einsatz im Spital.**

Bereits im November 2009 hat der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter (VSPB) die Petition «Stopp der Gewalt gegen die Polizei» eingereicht. Damit hat er auf den inakzeptablen Missstand hingewiesen und die politische Diskussion lanciert. Gut zwei Jahre und zahlreiche Übergriffe später, fordert der VSPB endlich Taten statt Diskussionen. Aus diesem Grund lanciert der Verband heute die schweizweite Sensibilisierungskampagne STOPP DER GEWALT GEGEN POLIZISTEN/INNEN. „Auch wenn wir während unserer täglichen Arbeit eine Uniform tragen, so sind wir in erster Linie Menschen, haben Familien und Kinder, sowie Sorgen und Ängste“, sagte Jean-Marc Widmer, Vizepräsident des VSPB, anlässlich der Medienkonferenz in Bern.

Erst letzte Woche wurde in Trélex bei Nyon ein Polizist, während einer Verkehrskontrolle, schwer verletzt. Als der Fahrer die Polizei sah, verlangsamte er sein Tempo. Daraufhin trat der Polizist in die Mitte der Strasse und signalisierte dem Autolenker anzuhalten. Doch der drehte völlig durch und anstatt zu bremsen, beschleunigte er und raste absichtlich auf den 59-jährigen Polizisten zu. Dieser hatte grosses Glück und brach sich dabei „nur“ beide Beine. „Für mich ist das ein Mordversuch“, betonte Jean-Marc Widmer, als er verschiedene Fälle von Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten in Erinnerung rief: „Gewalt ist aber nicht nur physisch. Oft werden unsere Kolleginnen und Kollegen beleidigt oder bespuckt. Auch die psychische Gewalt hinterlässt markante Spuren.“

#### **Gewalt trifft nicht die Uniform, sondern den Menschen**

Bei der Sensibilisierungskampagne STOPP DER GEWALT GEGEN POLIZISTEN/INNEN steht nicht die Polizei als Institution, sondern der Polizist und die Polizistin im Mittelpunkt. Die Plakate zeigen eine verletzte Person in Uniform. „Damit wollen wir verdeutlichen, dass die Gewalt, welche sich ja in



**VSPB · FSFP**

Verband Schweizerischer Polizei-Beamter  
Fédération Suisse Fonctionnaires de Police  
Federazione Svizzera Funzionari di Polizia

## **SPERRFRIST BIS 24.11.2011 – 11.30 UHR**

der Regel nur gegen die Uniform richtet, immer eine Person trifft“, betont Widmer. Weiter wurde ein Flyer mit den wichtigsten Forderungen des VSPB und der European Confederation of Police (EuroCOP) erstellt. Von EuroCOP ist auch der Solidaritätspin, der europaweit für Kampagnen rund um das Thema Gewalt gegen die Polizei verwendet wird. Die schwarz-blaue Schleife ist das Symbol für die Solidarität mit Polizistinnen und Polizisten, die Opfer von Gewalt geworden sind. Um der Bevölkerung die Sensibilisierungskampagne vorzustellen werden am Nachmittag in Winterthur (16-20 Uhr), Lausanne (14–17 Uhr) und Lugano (15–19 Uhr) Standaktionen durchgeführt. Dort werden Polizistinnen und Polizisten aus mehreren Kantonen der Bevölkerung die Sensibilisierungskampagne vorstellen. Die Plakate und Flyer werden ab heute in den Polizeiposten, sowie bei verschiedenen Behörden und Partnern, aufgehängt.

### **Polizeidirektoren unterstützen das Vorhaben des VSPB**

„Wenn der VSPB mit Aktionstagen wie dem heutigen auf diese Entwicklungen aufmerksam macht und die Öffentlichkeit aufrüttelt, Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten nicht als Kavaliere- oder Bagatelldelikte zu betrachten, so hat er in diesem Anliegen meine grösste Sympathie und meine ungeteilte Unterstützung“, sagt Karin Keller-Sutter, Sicherheitsdirektorin des Kantons St. Gallen und Präsidentin der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und –direktoren KKJPD. Die Individualisierung, die "Spassgesellschaft" und die Erwartung, auch im öffentlichen Raum jederzeit tun und lassen zu können, wie es einem beliebt, würden traditionelle Werte in den Hintergrund treten lassen. „Ich habe den Eindruck, dass die Respektlosigkeiten gegenüber den Polizeikräften die gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen sogar noch "überholt" haben“, stellt sie klar. Darum hat der Vorstand der KKJPD bereits vor einem Jahr die Stossrichtung der Petition des VSPB ausdrücklich unterstützt. Weiter befürwortet die KKJPD auch die beiden bevorstehenden Revisionen des Strafgesetzbuches. Einerseits die Änderung des Sanktionenrechts im Allgemeinen Teil. Darin ist vorgesehen, kurze Freiheitsstrafen wieder einzuführen. Andererseits sollen die Strafrahmen im Besonderen Teil harmonisiert werden.

### **Zahlen sprechen für sich**

Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik sprechen eine deutliche Sprache: Waren im Jahr 2000 schweizweit noch 774 Verstösse gegen Art. 285 StGB (Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte) erfasst, stieg diese Zahl in den Jahren 2008 bis 2010 auf über 2'000 Fälle an, mit einem Höchststand 2009 bei 2'350 (2010: 2'258 Fälle). Auch die rechtskräftigen Verurteilungen wegen Verstössen gegen Art. 285 StGB sind im gleichen Zeitraum von rund 600 auf über 1'400 bei Erwachsenen angestiegen, bei



## SPERRFRIST BIS 24.11.2011 – 11.30 UHR

den Jugendstrafurteilen von 34 auf 148. Aus diesem Grund hat der VSPB im November 2009 die Petition «Stopp der Gewalt gegen die Polizei» beim Bundesrat und dem Parlament eingereicht. Diese fordert: Die Wiedereinführung von kurzen unbedingten Freiheitsstrafen, die Erhöhung der Mindeststrafe bei Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte sowie die Verdoppelung des Strafmasses bei Rückfällen, wie in der französischen Gesetzgebung.

### Politik in der Pflicht

Die politischen Behörden der Schweiz haben bereits erste Schritte in die richtige Richtung getan: So hat der Nationalrat im Oktober 2010, mit 114 zu 62 Stimmen, die Petition an die Rechtskommission des Nationalrates zur Behandlung zurückgewiesen, nachdem diese für Nichteintreten plädiert hatte. Im Oktober 2010 wurde die Vernehmlassung zur Änderung im Sanktionsrecht des StGB (Wiedereinführung der kurzen Haftstrafen) lanciert und im Dezember 2010 wurde die Vernehmlassung zur Harmonisierung im StGB (härtere Strafen im Artikel 285 Abs. 2 – Gewalt und Drohung gegen Beamte) lanciert. Angesichts der laufenden Vernehmlassungen wurde die Petition «Stopp der Gewalt gegen die Polizei» vorerst noch nicht weiter behandelt. Im September 2011 hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga anlässlich eines Auftritts in Luzern bestätigt, dass der Bericht des Bundesrates zur Vernehmlassung 1 (Wiedereinführung der kurzen Haftstrafen) kurz vor dem Abschluss stehe. „Wir anerkennen, dass die Politikerinnen und Politiker auf dem richtigen Weg sind. Aber das reicht uns noch nicht. Es müssen endlich Taten folgen“, sagt Widmer und fügt hinzu: „Der Verband Schweizerischer Polizei-Beamter weigert sich, Gewalt als Berufsrisiko zu betrachten.“

---

### Weitere Informationen erteilen:

Jean-Marc Widmer, Vizepräsident VSPB, Tel. 079 941 49 38

Heinz Buttauer, Präsident VSPB, Tel. 076 433 16 28

Max Hofmann, Generalsekretär VSPB, Tel. 076 381 44 64

Medienkoordination:

Reto Martinelli, KommunikationsWerkstatt GmbH, Tel. 079 451 10 52

---

Bilder der Medienkonferenz und die komplette Mediendokumentation mit den Hinweisen auf die Standaktionen in Winterthur, Lausanne und Lugano finden Sie unter: [http://www.vspb.org/de/themen\\_events\\_ausbildung/gewalt\\_gegen\\_die\\_polizei/](http://www.vspb.org/de/themen_events_ausbildung/gewalt_gegen_die_polizei/)